

25 Jahre nach dem Mauerfall

Einigkeit und Recht und Freiheit

Dieser Tag sollte alles verändern – das Leben von Millionen, von einem ganzen Land. Am 9. November 1989 fiel die Mauer. Für die Bürger in der DDR bedeutete dies: Freiheit – nach 28 Jahren. Menschen aus Ost und West lagen sich an jenem Abend in den Armen, konnten das Unglaubliche nicht fassen. „Es wurde der Schicksalstag der Deutschen“, sagte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt am Freitag.



Foto: Tobias Koch

Gerda Hasselfeldt am Freitag bei ihrer Rede zum 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer

Der Deutsche Bundestag hat in einer Debatte an diesen historischen Tag vor 25 Jahren erinnert – feierlich und emotional. „Vielleicht haben wir Westdeutschen in diesen Stunden des 9. Novembers erst so richtig begriffen, welche Kraft die Sehnsucht vieler nach Freiheit entfalten kann“, sagte Gerda Hasselfeldt. Die Bilder, die damals um die Welt gingen, hätten sich tief in ihr Gedächtnis gebrannt. „Es war, als würde man der Freiheit ins Gesicht sehen.“ Die Menschen in der DDR überwindeten Furcht und Angst und zwangen schließlich einen Staat, der die Freiheit vorenthielt, in die Knie. „Was es heißt, durch eine Mauer der eigenen Freiheit beraubt zu sein, von einem Unrechtsregime bespitzelt und gegängelt zu werden – das haben uns die politischen Gefangenen, die Flüchtlinge und Ausreisewilligen und vor allem die Mauertoten gelehrt. Ihnen allen sollten heute unsere Gedanken gelten“, bekräftigte Hasselfeldt. Die CSU-

Deutsche Einheit: eine Herzensangelegenheit

Landesgruppenvorsitzende ist eine von elf Abgeordneten, die schon 1989 im Deutschen Bundestag saßen.

„Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit, das war für uns in der Union nie ein Lippenbekenntnis, sondern eine Herzensangelegenheit“, betonte Hasselfeldt. Sie erinnerte an die Klage Bayerns gegen den Grundlagenvertrag 1973. Das im Grundgesetz verankerte Wiedervereinigungsgebot blieb somit für alle Verfassungsorgane unverändert bindend. Der Mauerfall habe das Tor zur Deutschen Einheit geöffnet, so Hasselfeldt. 25 Jahre danach gehöre staatliche Unterdrückung und Willkür der Vergangenheit an. „Doch Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind uns nicht einfach so gegeben“, mahnte Gerda Hasselfeldt. Deshalb müsse man immer und überall für die Werte eintreten, für die ein ganzes Volk im Herbst 1989 mutig gekämpft hat.



Liebe Leserinnen und Leser,

die Maut kommt – und sie kommt so, wie vor der Wahl versprochen.


Für deutsche Autofahrer gibt es keine Mehrbelastung. Da Halter von in Deutschland zugelassenen PKW bereits über die Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer zur Finanzierung des Bundesfernstraßennetzes beitragen, werden sie bei der Kraftfahrzeugsteuer entsprechend entlastet. Erstmals werden Halter von im Ausland zugelassenen PKW an den Infrastrukturkosten direkt beteiligt. Damit schließen wir eine Gerechtigkeitslücke.

Ein Rechtsgutachten der Universität Bonn bestätigt die Vereinbarkeit der Maut mit EU-Recht: Die Einführung der Maut stellt keine Diskriminierung von Unionsbürgern aus Gründen der Staatsangehörigkeit dar.

Die Maut ist mit dem amtlichen Kraftfahrzeugkennzeichen verknüpft. Die Datenerhebung erfolgt ausschließlich zu Zwecken der Mauterhebung, eine andere Nutzung ist nach dem Gesetz ausgeschlossen. Halter von nicht in Deutschland Kfz-steuerpflichtigen Fahrzeugen können zwischen Zehntages-, Zweimonats- und Jahresvignetten wählen und sie schnell und unkompliziert als elektronische Vignette über das Internet oder an Vertriebsstellen wie Tankstellen erwerben. Durch die Beschränkung auf Autobahnen werden mögliche Auswirkungen auf die Grenzregionen ausgeschlossen.

Alexander Dobrindt hat eine wirklich gute Lösung gefunden. Die Maut bringt ab 2016 netto Mehreinnahmen von 500 Mio. Euro pro Jahr, etwa zehn Prozent des gesamten Straßenverkehrssetats, die zweckgebunden in die Verkehrsinfrastruktur fließen und so dringend benötigte Investitionen ermöglichen.

Es gibt viel zu tun, wir packen es an!



Florian Oßner MdB

Armutsmigration

„Betrug und Missbrauch werden nicht geduldet“

Über dieses Thema wurde viel geredet, noch mehr geschrieben – nun wird gehandelt. Für Zuwanderer, die die deutschen Sozialsysteme missbrauchen, sollen künftig schärfere Regeln gelten. Die CSU-Landesgruppe hatte die Debatte Anfang des Jahres bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth angestoßen, am Donnerstag wurde die Änderung des Freizügigkeitsgesetzes im Bundestag beschlossen.

Die Armutsmigration aus Osteuropa stellt viele deutsche Kommunen vor riesige Probleme. Denn, wer im Rahmen der Freizügigkeit nach Deutschland kommt, hat direkt Anspruch auf Sozialleistungen.

Die EU-Freizügigkeit ist ein Grundpfeiler der Europäischen Union und ein zentrales Element. Dennoch hat auch sie ihre Grenzen: „Mit dem Gesetzentwurf setzt die Bundesregierung ein wichtiges Signal, dass Betrug und Missbrauch nicht geduldet werden“, sagte CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz. Deshalb werde beispielsweise künftig der Bezug von Kindergeld an die Angabe der Steueridentifikationsnummer ge-



Foto: picture alliance/ZB

knüpft. Gegen diejenigen, die das deutsche Recht missbrauchen oder betrügen, sollen befristete Wiedereinreiseperrnen möglich sein. Außerdem werde das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche in Deutschland

auf sechs Monate befristet und die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit verschärft. Die Änderungen seien ein wichtiger, erster Schritt, so Lindholz im Plenum, weitere müssten folgen.

Diese Woche

25 Jahre nach dem Mauerfall Einigkeit und Recht und Freiheit	1
Armutsmigration „Betrug und Missbrauch werden nicht geduldet“	2
Bundestags-ABC Was ist eine Regierungserklärung?	2
Bundesminister Dobrindt legt Gesetzentwurf vor „Die Infrastrukturabgabe ist fair, sinnvoll und gerecht“	3
Elterngeld Plus Volle Flexibilität: Teilzeit-Arbeit	3
Flüchtlingspolitik Europas Verantwortung	3
CSU-Delegation zu Informationsgesprächen in den USA Außenpolitik: Im Austausch mit Amerika	4
Bankenunion Stabilität durch Abwicklungsfonds	4
Steuerhinterziehung Steuerflüchtlingen auf der Spur	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Redaktion: Inge Niebergall
Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eine Regierungserklärung?

Das Wort hat Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: Mit diesen Worten bittet der Parlamentspräsident gewöhnlich zur Regierungserklärung. Aber auch Minister dürfen eine solche abgeben – wie in dieser Woche der Bundesfinanzminister. Egal wer aus der Regierungsmannschaft am Rednerpult des Bundestages steht – das Wort hat Gewicht.



Foto: Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net

Im Plenum geht es bei einer Regierungserklärung stets um das große Ganze, um die Lage der Nation, um politische Haltungen, schwierige Verhandlungen oder bevorstehende Entscheidungen. Eine Regierungserklärung informiert die Parlamentarier über die Positionen, politische Leitlinien und Pläne der Bundesregierung. Deshalb gilt sie als eine politische Rede mit höchster Resonanz. Sie wird mit großer Aufmerksamkeit verfolgt – von allen: der eigenen Fraktion, der Opposition und von den Medien.

So stellt zu Beginn einer jeden Wahlperiode der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin in einer Regierungserklärung die Politik der kommenden Jahre vor. Aber auch während einer Legislaturperiode kann die Regierung von sich aus Erklärungen über aktuelle Themen oder bedeutende Ereignisse abgeben – so wie in dieser Woche der Bundesfinanzminister zum Informationsaustausch bei Steuerflucht. Die Regierung kann vom Parlament jedoch nicht zu einer solchen Erklärung verpflichtet werden.

Bundesminister Dobrindt legt Gesetzentwurf vor

„Die Infrastrukturabgabe ist fair, sinnvoll und gerecht“

Kaputte Straßen, marode Brücken: Deutschlands Verkehrswege brauchen Geld. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) stellte dazu vergangene Woche den Gesetzentwurf zur Infrastrukturabgabe für PKW vor. Zwei Milliarden Euro an Mehreinnahmen sollen so pro Wahlperiode in die Kassen fließen. Damit macht der CSU-Minister den Weg frei für Investitionen in eine Infrastruktur der Zukunft.

Die sogenannte PKW-Maut nimmt Fahrt auf. Noch in diesem Jahr soll der Entwurf von Alexander Dobrindt im Kabinett diskutiert werden. Ziel sei es, dass die Infrastrukturabgabe ab 2016 auf deutschen Straßen gilt.

Konkret heißt das: Die Halter von im Ausland zugelassenen PKW und Wohnmobilen müssen künftig auf Autobahnen bezahlen – bis zu 130 Euro pro Jahr. Für deutsche Autofahrer entstehe aber keinerlei Mehrbelastung, versichert Dobrindt. Für sie gelte die Infrastrukturabgabe zwar ebenfalls auf Bundesstraßen und Autobahnen – sie werde aber über die KFZ-Steuer entsprechend verrechnet. Damit schließe man eine Gerechtigkeitslücke, so der Minister. Man werde nun nämlich diejenigen an der



Foto: picture alliance/westend61

Finanzierung der Straßen beteiligen, die diese bisher kostenlos nutzten.

„Die Infrastrukturabgabe ist fair, sinnvoll und gerecht“, sagte Alexander Dobrindt. Er versicherte außerdem: Die Infrastrukturabgabe sei europarechtskonform und unterliege einem umfassenden Datenschutz. Eine Weitergabe der elektronisch erhobenen Daten erfolge nicht.

Und das sind die Eckpunkte:

- ◆ die Einnahmen von 500 Millionen Euro pro Jahr sind zweckgebunden für die Infrastruktur.
- ◆ Die Höhe der Abgabe bemisst sich an der Größe und der Umweltfreundlichkeit des PKW.
- ◆ Für Halter im Ausland zugelassener PKW gibt es Zehntages-, Zwei-monats- oder Jahresvignetten. Die Erfassung erfolgt elektronisch.

Elterngeld Plus



Foto: picture alliance/chromorange

Volle Flexibilität: Teilzeit-Arbeit

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Ziel der unionsgeführten Bundesregierung. Deshalb soll das Elterngeld noch flexibler gestaltet werden. Am Donnerstag wurde das entsprechende Gesetz im Bundestag verabschiedet.

Die Neuregelung stärkt Mütter, die nach Mutterschutz und Babypause wieder ins Berufsleben starten. Zukünftig können Eltern, die früh nach der Geburt ihrer Kinder in Teilzeit beruflich einsteigen wollen, das Elterngeld doppelt so lange beziehen wie bisher. Bei dem sogenannten Elterngeld Plus ist zudem ein Partnerschaftsbonus vorgesehen. So können Paare bis zu 30 Wochenstunden arbeiten und gleichzeitig bis zu 14 Monate Elterngeld beziehen. Die neuen Regelungen sorgten für mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Alltag, sagte der Vorsitzende des Familienausschusses Paul Lehrieder (CSU). Die Elternzeitmonate können – aufgeteilt auf drei Etappen – bis zum achten Lebensjahr des Kindes genommen werden.

Flüchtlingspolitik



Foto: picture alliance/dpa

Europas Verantwortung

Sie flüchten vor Krieg und Gewalt: Für das laufende Jahr wird in Deutschland mit über 200.000 Asylbewerbern gerechnet. Das stellt vor allem die deutschen Kommunen vor riesige Herausforderungen. Denn es geht nicht nur darum, den Flüchtlingen ein Dach über den Kopf zu geben, so die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz im Plenum des Deutschen Bundestages. Ihnen müsse auch eine gute Versorgung vor Ort garantiert werden: Kinder müssten eingeschult, die Flüchtlinge medizinisch untersucht werden. Vor allem Bayern habe beim Thema Flüchtlinge viel getan – mehr als andere Bundesländer, so Lindholz weiter.

Deutschland bietet insbesondere Flüchtlingen aus Syrien Schutz. Rund 60.000 Syrer wurden bisher aufgenommen. Lindholz verwies in ihrer Rede auf eine gesamteuropäische Verantwortung. Es könne nicht sein, dass nur einige wenige Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen.

CSU-Delegation zu Informationsgesprächen in den USA

Außenpolitik: Im Austausch mit Amerika

Bis zu 110.000 neue Arbeitsplätze allein in Deutschland - das verspricht das geplante transatlantische Freihandelsabkommen. TTIP bringe neue Chancen für die Wirtschaft, unterstreicht auch CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. Sie reiste jüngst gemeinsam mit weiteren CSU-Abgeordneten in die USA zu politischen Gesprächen. Im Zentrum der Reise stand TTIP, aber auch Gespräche zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Die CSU-Landesgruppe schreibt einem erfolgreichen Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) eine hohe Bedeutung zu: Mit TTIP sollen künftig die Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen zwischen den beiden großen Handelspartnern erleichtert und Handelshemmnisse abgebaut werden. Darüber hinaus ermögliche ein solches Abkommen, bei der Entwicklung und Einführung neuer Technologien weltweit Standards zu setzen. Gerda Hasselfeldt betonte, dass der verbesserte Marktzugang der deutschen Wirtschaft zu Gute komme und Chancen gerade für den deutschen Mittelstand biete. Hasselfeldt machte im Gespräch mit dem US-Chefunterhändler Dan Mullaney deutlich, dass die hohen deutschen und eu-



Foto: CSU-Landesgruppe

Dr. Andreas Lenz, Dan Mullaney, Gerda Hasselfeldt, Florian Hahn, Hansjörg Durz (v.l.n.r.)

ropäischen Standards zum Beispiel im Umwelt- und Sozialbereich nicht zur Disposition stünden. Die hohen Schutzniveaus seien nicht verhandelbar. TTIP war jedoch nur eines der Themen auf der USA-Reise. Neben der Wirtschaftspolitik wolle man auch die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie den

wissenschaftlichen Austausch beider Länder intensivieren. Dazu führten die Landesgruppenvorsitzende, der außen- und sicherheitspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe Florian Hahn sowie die CSU-Abgeordneten Hansjörg Durz und Dr. Andreas Lenz zahlreiche Gespräche in Washington, New York und Boston.

Bankenunion



Foto: picture alliance/dpa

Stabilität durch Abwicklungsfonds

Der Bundestag hat am Donnerstag der Vollendung der Europäischen Bankenunion in dritter Lesung zugestimmt. Damit werde ein Ordnungsrahmen für die europäischen Banken gesetzt, so dass Steuergelder zur Bankenrettung künftig weitgehend unnötig werden. „Es ist ein weiterer richtiger Schritt in die Richtung, die Finanzmärkte stabiler zu machen“, sagte der CSU-Abgeordnete Alexander Radwan.

Er betonte, dass die Stabilität der Finanzmärkte und der Schutz des Steuerzahlers im Vordergrund der Bankenunion stehen: Die europäische Bankenaufsicht wird durch einen einheitlichen Mechanismus zur Abwicklung in Schieflage geratener Banken sinnvoll ergänzt. Bei der Abwicklung einer Bank werden zunächst die Eigentümer, dann die Gläubiger, dann der neue Abwicklungsfonds (der nach deutschem Vorbild mit Geldern der Banken gefüllt wird) und anschließend der Mitgliedstaat herangezogen. Erst wenn diese Maßnahmen nicht ausreichen, darf der Europäische Stabilitätsmechanismus greifen.

Steuerhinterziehung



Foto: picture alliance/dpa

Steuerflüchtlingen auf der Spur

In Steueroasen wird es nun ungemütlich: Mehr als 50 Länder haben einen Informationsaustausch vereinbart. Damit wird es für Steuerflüchtlinge schwerer, Geld am Fiskus vorbei auf Konten im Ausland zu verstecken. Denn künftig werden zwischen den Ländern Informationen über Kontodaten und Kontoerträge ausländischer Bankkunden vollständig und automatisch ausgetauscht. Die jeweiligen Finanzbehörden melden diese Daten an die Steuerbehörden der Heimatländer. „Für die Steuergerechtigkeit hat die Bundesregierung – insbesondere der Finanzminister – nun Meilensteine gesetzt“, lobte Dr. h.c. Hans Michelbach (CSU). Die gelte international wie national.

Denn auch die Regelungen der strafbefreienden Selbstanzeige sollen verschärft werden. Die Grenze, bis zu der eine Selbstanzeige ohne Zahlung eines Zuschlags straffrei bleibt, soll von 50.000 auf 25.000 Euro sinken. Die jetzigen Änderungen sorgten für mehr Fairness. So stärke man das Vertrauen der Menschen und Unternehmen, sagte Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.